

Lähmt das Ehrenamt den VfB Stuttgart?

Ex-Präsidentschaftskandidat Klopfer greift die Führung des Vereins an.

VON ALEXANDER IKRAT

STUTTGART. Der ehemalige Kandidat für das Präsidentenamt des VfB Stuttgart und Oberbürgermeister von Schorndorf, Matthias Klopfer (SPD), hat die Führung des Bundesligisten kritisiert. „Der VfB ist der wichtigste Verein in Baden-Württemberg, und er legt neben dem HSV die schlechteste Performance aller Vereine in Deutschland hin“, sagte Klopfer unserer Zeitung. Man habe den Eindruck, jeder Verein in einer Kleinstadt werde besser geführt.

Der 52-Jährige, der seine Kandidatur für das Präsidentenamt 2019 zurückgezogen hatte, weil er es für einen Fehler hielt, dass Thomas Hitzlsperger vor der Wahl zum Chef der AG gemacht wurde, hält die Struktur des Vereins für falsch. „In der Krise hat sich gezeigt, dass die Strukturen schlecht sind“, sagte Klopfer: „Der Verein mit mehr als 70 000 Mitgliedern kann nicht mehr ehrenamtlich geführt werden.“

► Stuttgart und Region Seite 17

Schwere Zeiten

Queen Elizabeth II. hat gerade nicht gut lachen. Ihr Mann Prinz Philip ist seit Tagen in der Klinik, und ihr Enkel Harry hat sich vom Palast losgesagt. Außerdem droht ihr Königreich zu schrumpfen: Die Insel Barbados will die Queen nicht länger als Staatsoberhaupt.

► Seite 3



Foto: dpa/Buckingham Palace

Kommentar

Schlagkräftig

Die EU bringt zu Recht neue Russland-Sanktionen auf den Weg.

VON MARKUS GRABITZ

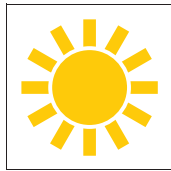
Die Politik der ausgestreckten Hand gegenüber Moskau muss spätestens seit der Demütigung für den „Außenminister der Europäischen Union“, Josep Borrell, bei dessen Besuch in Russland als gescheitert angesehen werden. Wladimir Putin igelt sich im Kreml ein und wird nicht auf Bitten der Europäer von seinem brutalen Unterdrückungskurs gegenüber der Opposition ablassen. Daher ist es richtig, dass die EU-Staaten weitere Sanktionen vorbereiten.

Die bestehenden Wirtschaftssanktionen wurden verhängt wegen der illegalen Besetzung der östlichen Ukraine und der Krim. Zu weiteren globalen Wirtschafts-sanktionen wie etwa dem Stopp des Pipelineprojekts Nord Stream 2 wird es nicht kommen – unter anderem, weil Berlin und Paris so weit nicht gehen wollen. Es dürfte aber mehr Sanktionen gegen Personen aus dem Umfeld von Putin geben. Funktionäre und Beamte sollen bestraft werden, die für Morde und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich oder sonst zu Tätern geworden sind.

Die Schlagkraft von persönlichen Sanktionen sollte nicht unterschätzt werden. Nicht zuletzt die Recherchen von Putins Giftanschlagopfer Alexej Nawalny haben ergeben, dass das korrupte Regime seine Helfershelfer mit viel Geld belohnt. Wenn die Clique und ihre Partnerinnen nicht mehr nach Paris zum Shoppen fahren können, weil sie unerwünschte Personen sind, wenn ihnen und den Strohmannern der Erwerb von Immobilien in Berlin und München nicht mehr erlaubt wird, dann tut das schon weh. Ein weiterer Vorteil: Persönliche Sanktionen belasten nicht diejenigen, die selbst Opfer sind – Russlands Bevölkerung.

markus.grabitz@stzn.de

Wetter



Mittags 19°
Nachts 3°

Nach Auflösung von Nebelfeldern sonnig
► Seite 16

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abos): 0711 / 72 05 - 61 61



2 6 0 0 8

4 190406 302207

Experten: Impfstoff von Astrazeneca für alle freigeben

Vorstoß für Einsatz in Arztpraxen ab April – Schon die erste der zwei Impfungen mit dem Präparat soll das Risiko eines Klinikaufenthalts wegen Covid-19 um bis zu 94 Prozent reduzieren.

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Aus Politik und Ärzteschaft wächst der Druck auf eine rasche Verlagerung der Corona-Impfkampagne auf niedergelassene Ärzte. Ausgelöst hat die Debatte ein Vorstoß des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Hennrich. Der Gesundheitsexperte schlägt im Gespräch mit unserer Zeitung vor, den Impfstoff des Herstellers Astrazeneca „ab dem 1. April in Arztpraxen zu verimpfen“. Dabei solle der Impfstoff allen zugänglich sein. Damit soll eine Abkehr der Regel verbunden sein, dass besonders gefährdete Gruppen vorrangigen Zugang erhalten.

Hennrich sagte unserer Zeitung: „Wir brauchen gerade beim Impfstoff von Astrazeneca einen Schub nach vorne.“ Es sei absehbar, „dass in ein paar Wochen die Kapazitäten in den Impfzentren an ihre Grenzen kommen“. Für diesen Fall brauche es schnelle Lösungen. Ziel müsse sein, „den Impfstoff zu den Leuten zu bringen, nicht umgekehrt“. Die Verteilung des Impfstoffs an die Praxen solle über die Apotheken geschehen.

Unterstützung kommt vom Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Norbert Metke. „Wenn von den 120 000 humanmedizinischen Praxen in Deutsch-

„Es gibt genug Menschen, die zu Recht von der Wirksamkeit des Impfstoffs von Astrazeneca überzeugt sind.“

Michael Hennrich, CDU-Bundestagsabgeordneter



Foto: privat

land 100 000 mitmachen und jede 10 Patienten täglich impft, könnten jeden Tag eine Million Menschen die Impfung erhalten.“ Die Abkehr von der Priorisierung „erspare zudem zeitraubende Debatten in den Praxen“. Auch der Chef des Bundesverbandes, Andreas Gassen, ist „sehr für die Verlagerung des Impfens in die Praxen“. Voraussetzung sei aber, dass ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehe. Fritz Becker, Chef des Landesapothekerverbandes, sprach von „einer super Idee, die ich 100-prozentig unterstütze“.

In Baden-Württemberg können sich Erzieherinnen, Erzieher und Lehrkräfte ab sofort gegen das Coronavirus impfen lassen – wenn sie einen Termin ergattern. Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) erklärte am Tag der Wiedereröffnung von Kitas und Grundschulen, die Impfungen dieser Berufsgruppen würden vorgezogen.

Schon die erste der zwei Impfungen mit Astrazeneca kann einer vorläufigen Datenauswertung aus Schottland zufolge das Risiko eines Klinikaufenthalts wegen Covid-19 wohl um bis zu 94 Prozent reduzieren. Großbritannien will bis Ende Juni alle Coronabeschränkungen aufheben.

► Leitartikel Seite 2
► Seiten 4, 6, 13 und 24

Laschet wirft Grünen Doppelmoral vor

Wohnungswirtschaft kritisiert Bundesregierung.

VON KATJA BAUER
UND CHRISTOPHER ZIEDLER

BERLIN. CDU-Chef Armin Laschet hat den Grünen Doppelmoral vorgeworfen. „Die Programmatik auf der Bundesebene hat sehr viel linkes und ideologisches Gedankengut“, sagte er im Gespräch mit unserer Zeitung. „Darüber reden die Grünen-Chefs nicht gerne. Denken Sie nur mal an die aktuelle Debatte über das Verbot von Einfamilienhäusern“, so Laschet. „Die Doppelmoral der Grünen ärgert mich schon maßlos.“

Als ein Beispiel nannte Laschet den Braunkohleausstieg. Diesen habe er für die CDU im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verhandelt und festgeschrieben. „Das hatten Grüne immer nur gefordert, aber nie durchgesetzt.“ In Nordrhein-Westfalen seien es die Grünen gewesen, die den Hambacher Forst hätten roden wollen. „Alles, was derzeit beim Braunkohleabbau geschieht, geht auf rot-grüne Beschlüsse zurück.“ Durch die Leitentscheidung seiner schwarz-gelben

Landesregierung in Düsseldorf werde der Hambacher Forst erhalten.

Zu einer möglichen schwarz-grünen Koalition sagte Laschet, die Grünen seien der politische Gegner der CDU: „Das Wahlergebnis kann natürlich ergeben, dass wir mit den Grünen zusammenarbeiten müssen. Aber: Es gibt kein schwarz-grünes Projekt, keine gemeinsame Idee, für die man antritt. Dafür sind die Gegensätze doch zu groß.“

Die Immobilienwirtschaft machte die Politik vor dem Wohnpipfel an diesem Dienstag für den anhaltenden Wohnungsmangel verantwortlich. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland erklärte, das Wohnungsangebot in Großstädten sei weiterhin knapp, „die Preise steigen, und Bauland fehlt“. Auch der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW sieht „beim bezahlbaren Bauen und Wohnen“ zweieinhalb Jahre nach dem letzten Wohnpipfel „noch sehr viel Luft nach oben“.

► Seite 4
► Wirtschaft Seite 9

Tagesmütter wollen weiter Schüler betreuen

In den Bestimmungen zum Recht auf Ganztags sind sie bisher nicht enthalten.

STUTTGART. Der Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg fordert, Tagesmütter und -väter in das Gesetz zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung aufzunehmen, über das derzeit auf Bundesebene verhandelt wird. Ansonsten seien viele in ihrer Existenz bedroht, macht die Vorsitzende Christine Jerabek deutlich.

Rund 4000 Schulkinder im Land werden derzeit in der Kindertagespflege betreut – eine baden-württembergische Besonderheit, die in Berlin bisher keine Berücksichtigung fand. So sind Tagesmütter und -väter in der bereits getroffenen Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausbau des Ganztags an Grundschulen nicht enthalten.

Das dürfe sich beim Recht auf Ganztags, das ab 2025 gelten soll, nicht wiederholen, so Jerabek. Das Bundesfamilienministerium teilte mit, derzeit tage eine Bund-Länder-AG zum Rechtsanspruch. Ob die Kindertagespflege Teil der Verhandlungen sei, dazu können man noch nichts sagen. (wel)

► Landesnachrichten Seite 5

Zahl der Grippefälle im Land sehr niedrig

STUTTGART. In Baden-Württemberg sind in den vergangenen Monaten kaum Grippefälle nachgewiesen worden. Seit Oktober sind nur 48 Erkrankungen an das Landesgesundheitsamt gemeldet worden. Wie das Amt mitteilte, lag die Zahl der registrierten Fälle in den vergangenen drei Influenzasaisons zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen 8123 und 13 349 Fällen. Für das Ausbleiben der Grippepelle seien vor allem Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen verantwortlich. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass die Grippepelle zeitversetzt beginne. (dpa)

34-Jährige verletzt Oma lebensgefährlich

GÖPPINGEN. Polizisten haben eine Frau festgenommen, die im Kreis Göppingen drei Menschen angegriffen und zum Teil lebensgefährlich verletzt haben soll. Sie wurde nach einer Fahndung auf der Bundesstraße 10 in ihrem Wagen angehalten, wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten.

Zuvor soll die Frau ihre Großmutter und ihren Stiefvater in Rechberghausen attackiert haben. Bei dem Angriff am Montagmittag erlitten sie nach ersten Erkenntnissen schwere Verletzungen. In einem Fall bestehe Lebensgefahr. Die 34-Jährige soll laut Polizei vor ihrer Festnahme auch eine Bekannte in UHINGEN angegriffen haben. Diese blieb aber unverletzt. Details zum genauen Hergang und die Hintergründe der Tat waren zunächst unklar. (dpa)